

Steuern & Finanzen

[zur Kapitelübersicht](#)

Über Steuern haben sich schon viele große Denker den Kopf zerbrochen. Der Dichter Novalis meinte im 18. Jahrhundert: „Man soll dem Staat seine Steuern zahlen, wie man seiner Geliebten einen Blumenstrauß schenkt.“ Aus libertären Kreisen hört man hingegen oft das Credo „Steuern sind Raub“. Wir glauben: Steuern sollte man weder romantisieren noch verteufeln. Denn ohne Steuern gibt es keinen Sozialstaat, keine Sicherheit, keine Bildung, keinen Klimaschutz. Gleichzeitig haben wir Bürger das Recht, dass die Politik uns nicht zu viel von unserem Erarbeiteten wegnimmt und verantwortungsvoll mit unserem Geld umgeht.

Unsere Ziele:

Steuern für Bürger und Unternehmen senken.

Keine neuen Schulden.

Mehr Steuermittel für Investitionen, weniger für Konsum und ineffektive Sozialtransfers.

Inflation dauerhaft unter 2 Prozent halten.

Unsere Vorschläge:

Steuerlast für alle senken:

Zumindest in einer Statistik spielt Deutschland immer noch ganz vorne mit: Von allen OECD-Staaten zahlen nur die Belgier noch mehr Steuern und Abgaben auf ihr Einkommen. Auf diese Platzierung sollten wir aber nicht stolz sein. Fakt ist: In Deutschland muss man viel zu früh den Spitzensteuersatz zahlen – in Steuerklasse 1 schon etwa beim eineinhalbfachen Durchschnitts-

gehalt. Das ist ungerecht und realitätsfern. Stattdessen braucht es eine Steuerentlastung in allen Einkommensklassen. Der Spitzensteuersatz darf erst ab 120.000 Euro Jahreseinkommen gelten. Insgesamt muss der Tarifverlauf im Einkommensteuerrecht geändert werden: Die Grenzsteuersätze dürfen bei unteren und mittleren Einkommen nicht so stark steigen, damit sich Mehrarbeit auch wirklich lohnt. Gleichzeitig

brauchen wir einen Tarif auf Rädern: Es muss gesetzlich fixiert werden, dass sich die Grenzsteuersätze mit der Inflation verschieben, damit Lohnerhöhungen, die die Inflation ausgleichen nicht überwiegend beim Staat landen und die Arbeitnehmer faktisch weniger Kaufkraft haben.

Soli endlich für alle abschaffen:

Der Solidaritätszuschlag ist für viele Menschen und vor allem für mittelständische Personenunternehmen noch immer in Kraft. Etwa 13 Milliarden Euro nimmt der Staat allein in diesem Jahr ein, mehr als in den beiden Vorjahren. Und das, obwohl der Soli-Zweck seit Jahren entfallen. Für uns ist klar: Das muss jetzt endlich enden.

An der Schuldenbremse festhalten:

Die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse muss in Zukunft wieder strenger eingehalten werden. Die Unsitte von Schattenhaushalten, die in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen haben, lehnen wir ab. Denn nur eine solide Haushaltsführung garantiert langfristig unsere Bonität und Kreditwürdigkeit im Ernstfall.

Investieren in eine gute Zukunft:

Nur 12 Prozent des aktuell diskutierten Bundeshaushalts sind für Investitionen vorgesehen. Ein peinlich geringer Wert. Um in Zukunft erfolgreicher zu sein, muss hier etwas passieren: 20 Prozent des Haushalts für Investitionen sollten die Zielmarke sein.

